

PRESSEMITTEILUNG

LNV und NABU Baden-Württemberg

27.08.2015



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.



LNV und NABU zur Jagstkatastrophe:

Prüfung auf mögliche Defizite bei Baugenehmigungen, Lagerung und Katastrophenschutz notwendig

Behörden waren anfangs überfordert / Maßnahmenplan für die Jagst erforderlich

Beim Landesnaturschutzverband (LNV) und Naturschutzbund Baden-Württemberg (NABU) herrscht Entsetzen über das Ausmaß der Umweltkatastrophe an der Jagst. Es sei zu befürchten, dass der sehr hohe Artenreichtum dieses baden-württembergischen Naturschutzjuwels – mit zahlreichen Schutzgebieten dekoriert – auf absehbare Zeit verloren sei. NABU und LNV fordern strengere Auflagen und Kontrollen bei der Lagerung gewässertoxischer Stoffe und einen Maßnahmenplan für die ökologische Gesundung der Jagst.

Beeindruckt sind die beiden Naturschutzverbände von der Einsatzbereitschaft der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. „Was die Freiwilligen von Feuerwehren, Fischereivereinen und Naturschutzgruppen hier leisten, ist absolut beeindruckend. Für diesen großen Einsatz danken wir im Namen der Natur ganz herzlich“, sagt der NABU-Landesvorsitzende Andre Baumann.

Von den Behörden indes habe man den Eindruck, dass sie insbesondere zu Beginn der Gewässerkatastrophe überfordert waren. Weil lange unklar war, welche Maßnahmen die richtigen sind, ging wertvolle Zeit verloren. „Wir stellen daher die Frage, ob man sich bei Katastrophen- und Brandschutzübungen zu sehr auf Schadensfälle im Verkehrs- und Siedlungsbereich konzentriert hat und daher auf solche Umweltkatastrophen zu wenig vorbereitet ist“, sagt der LNV-Vorsitzende Gerhard Bronner. Das gelte es für die Zukunft nachzubessern. Inzwischen läuft der Großeinsatz nach Einschätzung von LNV und NABU zufriedenstellend. Es gebe Hoffnung, dass wenigstens der Unterlauf der Jagst sowie der Neckar geringeren Schaden erleide.

LNV und NABU legen größten Wert darauf, dass aus den gesamten Ereignissen Konsequenzen gezogen werden. „Die der Katastrophe zugrunde liegenden Vorgänge müssen in völliger Offenheit analysiert werden“, fordern Bronner und Baumann. Dies beginne bereits bei der Bau- und

Betriebsgenehmigung des Lagergebäudes und bei der Frage, welche Informationen über Gefahrgut und Wasserableitung auf dem Betriebsgelände der Feuerwehr beim Einsatz vorlagen.

Da es zum einen landesweit zahlreiche ähnliche Konstellationen gibt, wo an Flüssen liegende Mühlen auch Handel mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln betreiben, es zum anderen in Mühlen relativ häufig brennt, müsse auch grundsätzlich über die Lagerung von hoch gewässertoxischen Stoffen in Flussnähe nachgedacht werden. Zur Diskussion stehe ein grundsätzliches Verbot der Lagerung in Gewässernähe oder eine besonders abgeschirmte, völlig brandsichere Lagerung, wie sie heute schon für bestimmte Pflanzenschutzmittel gilt. Im Übrigen gelte diese Problematik auch für Landwirtschaftsbetriebe, welche größere Vorräte solcher Dünger in Gewässernähe lagern. Die regelmäßige Kontrolle der ordnungsgemäßen Lagerung, der Brandschutzeinrichtungen und der Oberflächenentwässerung für Dünger- und Gefahrstofflagerstätten müsse gewährleistet sein.

LNV und NABU fordern, sich bereits jetzt Gedanken zu machen, wie dem Ökosystem Jagst am besten geholfen werden kann. „Bevor man darüber nachdenkt Fische einzusetzen, müssen die Kleinstlebewesen als Basis der Nahrungskette aus Seitengewässern und Oberlauf der Jagst wieder einwandern sowie die natürliche Zuwanderung von Fischen gefördert werden“, sagen Bronner und Baumann. Die Zuflüssen zur Jagst und ihr Oberlauf spielen daher eine entscheidende Rolle bei der Wiederbesiedlung. „Ziel muss es sein, die Selbstheilungskraft des Gewässersystems zu stärken“, betonen die Vorsitzenden. Mit einem Monitoring müsse die Entwicklung überwacht werden. LNV und NABU sehen dazu das Regierungspräsidium in der Pflicht, die Koordination für einen solchen Maßnahmenplan zu übernehmen und bieten ihre Mitwirkung an.